

Gegenstand: Bericht des Jugendstadtrates

Herr Martirosyan berichtet über die School's Out Party, die am 14.07.2023 im Fifty's veranstaltet wurde. Zudem wurde am 15. September ein Freiluftkino in der Walderholung organisiert, welches gut besucht war. Tanja Hauck hat den Jugendstadtrat besucht und dabei das Projekt Jugendcafé in Speyer Süd vorgestellt. Es wird darüber informiert, dass am 14. Dezember 2023 Neuwahlen anstehen.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

Gegenstand: **Konzept zu weiteren Plätzen der Kinderrechte;**
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion – Beschluss des Stadtrates vom 09.03.2023
[Vorlage: 1647/2023](#)

Die Vorsitzende verweist auf die Vorlage und darauf, dass es nunmehr darum geht, die beiden Plätze der Kinderrechte zu „bespielen“. Die Umsetzung von Kinderrechten ist ein langer Prozess, der alle gesellschaftlichen Akteure fordert. Aktionen wie am 20.09.2023 am Platz der Kinderrechte (Platz der Stadt Ravenna) zeigen, dass dies gelingen kann.

Frau Queisser zeigt sich irritiert, da eine Stadt der Kinderrechte geplant war und demnach in jedem Stadtteil ein Platz der Kinderrechte existieren sollte, auch aus Gründen der Erreichbarkeit für jedes Kind. Frau Queisser möchte dazu anregen, weitere Plätze der Kinderrechte einzurichten.

Die Vorsitzende erläutert, dass derzeit keine weiteren Plätze in Planung sind, in der Zukunft sind weitere Plätze nicht ausgeschlossen und die anderen Stadtteile sind nicht vergessen. Eine konkrete Zeitangabe kann aber nicht genannt werden.

Frau Völcker informiert über die Landesmedienanstalt RLP, die bspw. Workshops für Kinder und Jugendliche zum Thema „Demokratie erarbeiten“ durchführen. Kontaktaufnahme über mail@medienanstalt-rlp.de oder [medienanstalt-rlp.de/kontakt](https://www.medienanstalt-rlp.de/kontakt).

Aus Sicht der Kindertagesstätten zeigt sich, dass dort Partizipation stattfindet und Kinderrechte im Alltag umgesetzt werden. Diese strukturelle Verankerung und das Vorleben von Partizipation schafft die Grundlage für den bewussten Umgang mit dem Thema bei Kindern und Eltern.

Weiter wird erörtert, dass ein Konzept für die Plätze gewünscht wird, indem auch andere Aspekte wie Straßenbau oder Wohnungsbau miteinbezogen werden sollten. Aus Sicht der Verwaltung kann derzeit die Erarbeitung und fortlaufende Umsetzung eines umfassenden Konzepts nicht realisiert werden.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

Gegenstand: Erhöhung der Honorare für Hausbesuch/ Kontakt mit Familie durch Familienhebammen/Familienkinderkrankenschwestern
[Vorlage: 1650/2023](#)

Frau Völcker fragt nach, wie hoch der aktuelle Satz ist und zu welchem Datum die Erhöhung greift. Der aktuelle Satz liegt bei 55 Euro pro Stunde für Hebammen und Kinderkrankenschwestern, 45 Euro pro Stunde für Personen in oder ohne Ausbildung. Die Erhöhung greift zum 01.01.2024.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig den folgenden **Beschluss**:

Die Honorare für Hausbesuche/ Kontakte der Familienhebammen/Familienkinderkrankenschwestern werden ab dem 01.10.2023 wie folgt gefasst:

	Familienhebammen/Familienkinderkrankenschwestern	Hebammen/ Kinderkrankenschwestern*
Hausbesuch/Kontakt mit Familie	65 € /Std. (abzurechnen im 15 min-Takt)	55 € /Std. (abzurechnen im 15 min-Takt)

* In Ausbildung zur Familienhebamme/ Familienkinderkrankenschwester

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

Gegenstand: **Nachbesetzung von Mitgliedern in der AG nach § 78 SGB VIII**
[Vorlage: 1652/2023](#)

Die Vorsitzende informiert über das Ausscheiden von Herrn Frederic Faulhaber. Seine Nachfolgerin ist Frau Stephanie Peritjatko. Die nächste Änderung der Besetzung steht bereits an, wird aber erst im nächsten Jugendhilfeausschuss offiziell kommuniziert: Frau Marlen Bauer kommt aus der Elternzeit zurück und ersetzt Wolfgang Grill.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

Gegenstand: Unbegleitete minderjährige Ausländer*innen (umA) – aktuelle Situation
Vorlage: 1651/2023

Herr Lehnen-Schwarzer erläutert, dass die Situation bundesweit sehr angespannt ist, da überall die Anzahl an umAs steigt und die Ressourcen knapp sind. Seit Beginn 2022 haben sich die Zahlen in Deutschland verdoppelt. Einige Bundesländer haben mehr umAs aufgenommen, als nach dem Verteilungsschlüssel vorgesehen ist. Diese werden derzeit auch auf Rheinland-Pfalz umverteilt, zusätzlich zu den sowieso schon ankommenden umAs. Trotz der steigenden Personenanzahl schließt die Stadt aus, umAs in Zelten oder Sporthallen/Sportplätzen unterzubringen.

Laut Frau Kaci sind aktuell 27 umAs vom Jugendamt Speyer in Obhut genommen (Stand 27.09.2023, 16:00 Uhr). Eine Notunterkunft, die ursprünglich für 18 Personen ausgelegt war, wurde auf 24 aufgestockt. Weitere einzelne Unterbringungsmöglichkeiten für Mädchen oder sehr junge umA können genutzt werden. Durch die Aufkündigung der Zweckvereinbarung mit dem Jugendamt Trier, muss die Stadt das gesamte Verfahren selbst übernehmen. Da die Situation sehr dynamisch ist, ist sie derzeit schlecht planbar, noch ist die Situation aber zu bewältigen. Frau Kaci ruft zu Spenden von warmer Winterkleidung für meist männliche Heranwachsende. Spenden können in der Johannesstraße 22a abgegeben werden.

Die Vorsitzende informiert, dass ein Termin mit dem Land geplant ist, um mit anderen Kommunen über die herausfordernde Situation zu informieren und Unterstützungsbedarf zu signalisieren.

Herr Martirosyan möchte wissen, wie die Jugendlichen nach Speyer kommen und ob diesen ein Tagesprogramm geboten wird. Er schlägt vor, mit dem Jugendcafé in Kontakt zu treten.

Frau Kaci und Herr Lehnen-Schwarzer antworten, dass die umAs teilweise alleine, teilweise mit einer Begleitperson kommen, teilweise ist es auch gar nicht bekannt. Die Neuankömmlinge werden versorgt und unter anderem mit Hygieneartikeln ausgestattet, ein geplantes Tagesprogramm findet allerdings weniger statt.

Frau Völcker erfragt, wie viele umAs durch die neue bundesweite Verteilung pro Woche nach Speyer kommen. Das Landesjugendamt nimmt die besondere Situation in Speyer zur Kenntnis, weshalb aktuell keine bundesweiten umAs nach Speyer verteilt werden.

Frau Brecht-Fahnenstich möchte wissen, ob das Konzept von Paten für die umAs sinnvoll bzw. von Interesse ist. Es wird erläutert, dass umAs, die fest in Speyer sind (derzeit 13 Personen) in Einrichtungen untergebracht und von pädagogischen Fachkräften gut betreut werden. Herausfordernd sind besonders die umAs die übergangsweise in Speyer sind. Hier sind Patenschaften aber eher schwierig.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

Gegenstand: Eingliederungshilfen in der Kindertagesbetreuung
[Vorlage: 1648/2023](#)

Frau Koch knüpft an den Vortrag im vergangenen Jugendhilfeausschuss zum Thema inklusive Kinder- und Jugendhilfe in Speyer an und stellt zusammen mit den Mitwirkenden Nadine Mathieu, Kristina Graf, Claudia Grünert, Jörg Lömker Tanja Kaci und Michael Stöckel das Thema Eingliederungshilfen in der Kindertagesbetreuung vor. Es wird nochmals erläutert, dass bis 2028 eine inklusive Jugendhilfe entstehen soll mit einer zentralen Anlaufstelle für alle Kinder mit und ohne Behinderung. Aktuell gibt es noch zwei Fachdienste für Eingliederungshilfen gem. SGB VIII und SGB IX im Fachbereich für Jugend, Familie, Senioren und Soziales. Frau Grünert stellt das Vergabeverfahren vor. Wenn Eltern oder die Kita Auffälligkeiten beim Kind entdecken, wird dies dem ASD gemeldet und ein Beratungsgespräch durchgeführt. In den nächsten Schritten folgt die Antragsstellung durch die Eltern, eine Diagnostik vom Facharzt und eine Teilhabeproofung durch die Fachdienste. Danach kann die Installation der Hilfen erfolgen, die regelmäßig überprüft wird. Eine der großen Herausforderungen ist derzeit allerdings das Finden von Integrationskräften. Herr Lömker und Frau Graf veranschaulichen jeweils an einem Beispiel, wie so ein Vergabeverfahren im besten/schnellsten und im schlechtesten Fall ablaufen kann. In einem günstigen Fall dauert der Prozess nur wenige Monate, in anderen Fällen kann es viele Monate bis Jahre dauern. Im Feld des SGB VIII sind derzeit 7 Fälle in Kitas, weit mehr gibt es in den Grundschulen, Grund hierfür ist unter anderem das lang dauernde Vergabeverfahren bzw. die Diagnostik. Im Bereich SGB IX gibt es seit 2019 einen starken Anstieg an Bedarfen. Als Gründe werden hierfür die Corona-Pandemie und die aktuelle Personalsituation in den Kitas genannt. Ein weiterer Anstieg wird prognostiziert, zudem birgt der Fachkräftemangel große Probleme. Viele Angebote sind maßnahmegebunden und bieten keine Planungssicherheit, was den Job für viele Fachkräfte unattraktiv macht. In Speyer gibt es mit der Pustebume derzeit eine integrative Einrichtung die Plätze für 50 Regelkinder und 25 Kinder nach SGB IX anbietet. Die Besonderheit dieser integrativen Einrichtung liegt darin, dass es ein multiprofessionelles Team gibt und die Gruppengröße von 22 auf 15 Kinder reduziert ist. Dennoch sind die Herausforderungen deutlich spürbar und viele Kinder benötigen auch in der Pustebume noch eine ergänzende I-Kraft. Um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen, wird über neue Lösungsansätze, unter anderem die Einführung einer Schwerpunkt-Kita mit multiprofessionellem Team oder das Einrichten von Pool-Lösungen für I-Kräfte nachgedacht. Bereits jetzt gibt es im Rahmen der inklusiven Lösung Schulungsangebote von Kita-Sozialraumarbeiter*innen oder die bedarfsgerechte Betreuung von Kindern mit besonderen Bedarfen durch Personen der Kindertagespflege (Einzelfallentscheidungen).

Herr Janssen möchte wissen, wie viele wartende Vorgänge es derzeit gibt und ob Fälle abgelehnt werden. Im SGB VIII Bereich warten derzeit etwa 6 Kinder, Ablehnungen gibt es keine. Im SGB XI Bereich sind aktuell 5 Kinder unversorgt, über Ablehnungen ist nichts bekannt.

Weiter werden die Fragen gestellt, ob bei einer Schwerpunkt-Kita nicht eine Art der Ausgrenzung entstehen würde und wie groß die Hürden bei einer Einzelfallentscheidung in der Kindertagespflege sind.

Herr Stöckel bejaht die Problematik der Ausgrenzung, da das Phänomen bereits in der Puste blume beobachtet werden kann. Dennoch ist der Bedarf vorhanden und um das Thema Inklusion voranzubringen, kann man sich die Einrichtung von Schwerpunkt-Kitas im gesamten Stadtgebiet sehr gut vorstellen. Eine Schwerpunkt-Kita als Pilotprojekt wäre möglicherweise der erste Schritt.

Weiter erklärt Herr Stöckel, dass die Einzelfallentscheidungen im Rahmen der Tagespflege bisher ohne Probleme bearbeitet wurden. Zunächst findet dabei ein Austausch der beteiligten Instanzen statt, um den Mehrbedarf festzustellen. Des Weiteren muss dann die Tagespflegeperson entscheiden, ob sie sich dieser Aufgabe annimmt.

Frau Hattab möchte wissen, wie viel Zeit durchschnittlich von Antrag der Eltern bis zum Einsatz der I-Kraft vergeht und was ein Verfahrenslotse ist.

Es wird geantwortet, dass der Zeitraum von Fall zu Fall variiert, beim Einen sind es 6 Monate, beim Anderen sind es 12 Monate. Ein Verfahrenslotse begleitet Familien von Kindern mit Behinderung und hat u.a. die Aufgaben, unabhängig zu beraten und zu unterstützen, Bedarfe zu analysieren und Handlungsempfehlungen für eine inklusive Jugendhilfe daraus abzuleiten.

Herr Wettengel und Herr Sandmann regen an, mit den Trägern der AG 78 ins Gespräch zu gehen.

Frau Völcker schlägt hierfür eine außerordentliche Sitzung vor und lobt die gute Zusammenarbeit.

Des Weiteren macht sie auf die anspruchsvolle Tätigkeit des Verfahrenslotsen aufmerksam und appelliert an eine angemessene und entsprechende Eingruppierung.

Die ausführliche [Präsentation](#) ist dem Protokoll beigelegt.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7

Gegenstand: Neubau des Jugendcafés in Speyer Süd
Vorlage: 1649/2023

Im Rahmen des Bund-Länder-Förderprogramms „Sozialer Zusammenhalt Speyer Süd“ soll im Kirschweg (Jugendfreizeitgelände Neuland) ein Jugendcafé gebaut werden. Der Förderzeitraum geht noch bis 2025, das Land Rheinland-Pfalz fördert die Maßnahme mit 90%. Mit dem Jugendstadtrat und dem Stadtteilverein Süd wurde das Thema bereits abgestimmt. Nach der Beschlussempfehlung soll es eine Bürger- und Jugendbeteiligung geben. Geplanter Baubeginn ist 2025, mit der Fertigstellung wird 2026 gerechnet.

Frau Stumpp erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand zum Jugendcafé in Speyer Nord. Die Vorsitzende antwortet, dass mit der Oberbürgermeisterin und dem Gebäudemanagement der Start im Jahr 2024 abgesprochen ist. Ein Konzept zur Jugendbeteiligung wird erstellt.

Die ausführliche [Präsentation](#) ist dem Protokoll beigelegt.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig den folgenden **empfehlenden Beschluss zur Entscheidung durch den Stadtrat**:

Die Stadt Speyer errichtet im Rahmen des Bund-Länder-Förderprogramms Sozialer Zusammenhalt Speyer Süd am Standort „Kirschweg“ (Jugendfreizeitgelände Neuland) ein Jugendcafé. Entsprechend der städtischen Klimastrategie soll der Neubau klimaneutral errichtet und betrieben werden. Notwendige Haushaltsmittel sind in den Haushaltsjahren 2024 ff einzuplanen.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 8

Gegenstand: Familienzentrum Speyer-Süd Vogelgesang

Der Familientreff Süd wurde am 05. Mai 2023 offiziell eröffnet. Mit einer Beteiligungsaktion zur Namensfindung, bei der 20 Vorschläge eingegangen waren, wurde der Gewinner „Familientreff Süd“ von einer fünfköpfigen Jury, bestehend aus Monika Kabs, Georg Lehnen-Schwarzer, Inga Zimmermann, Anna Barthelmes und Mareike Kast, bestimmt. Frau Zimmermann ist derzeit dabei, neue Angebote zu etablieren, es gibt bereits regelmäßige Angebote wie den Musikgarten oder die Handysprechstunde für Senioren. Es gibt noch Raum für weitere Angebote, wer Ideen hat, darf gerne auf Frau Zimmermann zukommen (inga.zimmermann@stadt-speyer.de).

Die ausführliche [Präsentation](#) ist dem Protokoll beigelegt.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

Gegenstand: Entwurf des Jugendhilfehaushaltsplanes für das Jahr 2024
[Vorlage: 1653/2023](#)

Der Haushaltsplan liegt allen Beteiligten vor. Herr Janssen hat Rückfragen bezüglich der Erhöhung der Gelder für Lebensmittelkosten im Bereich Ferienprogramme und der Kosten für Spiel- und Bastelmaterial.

Herr Lehen-Schwarzer erläutert, dass aufgrund der stark gestiegenen Lebensmittelpreise der Haushalt dementsprechend erhöht werden musste. Zudem wurden die Bestände an Spiel- und Bastelmaterial geprüft, mit dem Ergebnis, dass vieles nicht mehr verwertbar oder stark abgenutzt ist.

Weiter möchte Herr Janssen den Stand seiner Rückfrage im Jugendhilfeausschuss vom 28.02.2023 bezüglich der Verteilung der Staffelung bei den Elternbeiträgen wissen. Herr Stöckel schlägt aufgrund des Inkrafttretens der neuen Elternbeiträge zum 01.01.2024 vor, eine Auswertung des 1. Halbjahres 2024 im 3. Quartal im Jugendhilfeausschuss vorzustellen.

Nachtrag FB 4-460 (02.10.2023): Die Daten werden bereits für das Jahr 2023 aufbereitet und werden im 1. Quartal im Rahmen der Kita-Bedarfsplanung im Jugendhilfeausschuss vorgestellt.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig den folgenden **Beschluss**:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Annahme des vorgelegten Entwurfs für den Jugendhilfehaushalt 2024.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

Die Vorsitzende greift die die zu Beginn gestellte Frage von Frau Queisser bezüglich der Schulsozialarbeiterin im Schwerd-Gymnasium auf. Derzeit ist die Stelle ausgeschrieben, da die dortige Schulsozialarbeiterin gekündigt hat.

19. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Speyer am 27.09.2023

19. Sitzung des Jugendhilfeausschusses 27.09.2023 **Monika Kabs**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!